

Ratsfraktion DIE LINKE. Gladbeck,
Lambertistraße 7, 45964 Gladbeck

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt,
Klimaschutz und Mobilität
Herrn Herr Peter Kleimann

Stadtverwaltung Gladbeck
Willy-Brandt-Platz
45964 Gladbeck

durchlaufend Bürgermeisterbüro

Ratsfraktion DIE LINKE. Gladbeck

Rüdiger Jurkosek

Vorsitzender

Marktstr. 23

45964 Gladbeck

Telefon: 02043 / 65501

Mobil: 0163 8704144

r.jurkosek@web.de

Gladbeck, den 11.05.2023

Antrag nach § 7 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Gladbeck und seiner Ausschüsse

Die Fraktion DIE LINKE beantragt:

Stopp aller weiteren Ausgaben zur Entwicklung der Flächen entlang der B224 bis zum Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für einen Tunnelbau.

Begründung:

Für die im Zeitraum von 2023 bis 2026 vorgesehenen Ausgaben gibt es keine hinreichende Sicherheit darüber, dass das A52-Projekt des Bundes auch tatsächlich verwirklicht wird. Über damit künftig verbundene Belastungen des städtischen Haushalts sollte deshalb erst entschieden werden wenn die Umsetzung gesichert ist.

Im Zusammenhang mit der Planung der A52 auf Gladbecker Stadtgebiet hat die Stadt Gladbeck nach Angaben der Verwaltung von 2017 bis 2022 mehr als 400.000 Euro für externe Planungsleistungen ausgegeben. Hinzu kommen 5 Millionen Euro für Grundstücksaufkäufe. Ein erheblicher Teil davon „steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ausbau der B224“ zur A52 (zitiert aus dem Schreiben der Verwaltung an die Fraktion die Linke vom 24. März 2023).

Nach Auskunft der Stadtverwaltung sind für das aktuelle Haushaltsjahr sowie im Rahmen der mittelfristigen Haushaltsplanung bis 2026 im Zusammenhang mit dem Bau der A52 mehrere hunderttausend Euro für weitere externe Planungen und 6 Millionen Euro für zusätzliche Grundstückskäufe angemeldet.

Die Ausgabenbereitschaft der Verwaltung basiert auf der Hoffnung, dass der Bau der A52 auf der Trasse der B224 und eines Tunnels auf Gladbecker Stadtgebiet tatsächlich und in absehbarer Zeit erfolgen wird. Diese Hoffnung lässt sich nach heutigem Stand und bis auf weiteres weder mit dem Planungsstand noch mit verbindlichen Zusagen der für den Autobahnbau zuständigen Stellen des Bundes begründen.

Weitere Ausgaben für Projekte deren Umsetzung von einem Ausbau der 224 mit Tunnel abhängig sind stellen ein nicht zu akzeptierendes Risiko dar.

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen, dass alle künftigen Finanzausgaben, die für bei Tunnelbau möglichen Flächenentwicklungen vorgesehen sind, bis zur Eröffnung eines Planfeststellungsverfahrens des Tunnelabschnitts storniert werden.

Mit freundlichen Grüßen

– Rüdiger Jurkosek –